

Berlins angepasster Schulbau

Autor(en): **Schmidt-Thomsen, Jörn-Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Das Werk : Architektur und Kunst = L'oeuvre : architecture et art**

Band (Jahr): **56 (1969)**

Heft 7: **Schulhäuser**

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-87365>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

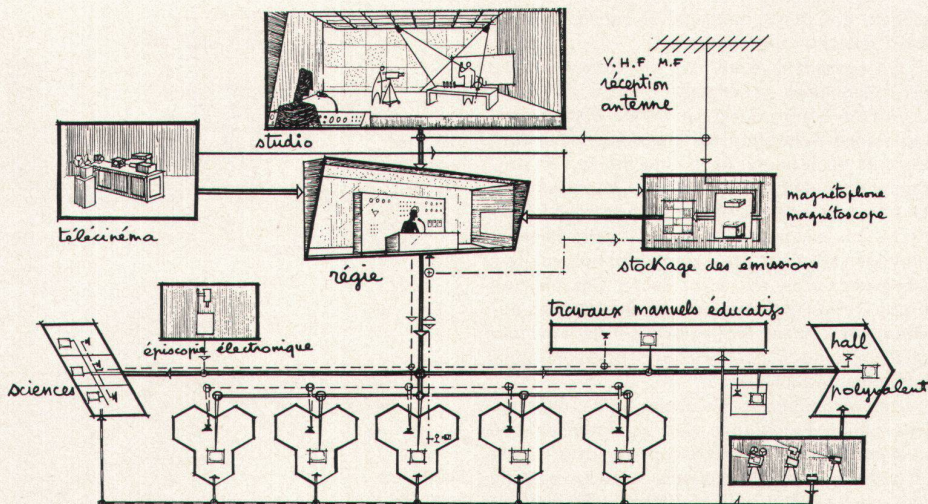
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Berlins angepaßter Schulbau

von Jörn-Peter Schmidt-Thomsen



14

Die gestellte Aufgabe lautete folgendermaßen:

Wie beim SCSD-Projekt mußte mit kleinsten und größeren Schülergruppen gerechnet werden, wobei die Instruktion in den naturkundlichen Fächern in Schülerverbänden bis zu 300 Schülern erfolgt. An technischen Hilfsmitteln sind zu nennen:

- Schulfernsehen mit eigenen und fremden Programmen
- Sprachlabor mit programmierten Lehrmitteln
- Bandrecorder und Film für audiovisuelle Programme
- Diapositivprojektoren.

Ferner wurde sehr bewegliches Mobiliar angeschafft und grundrißlich genügend Freifläche für Diskussionen geschaffen.

Nebst der Abklärung obiger Punkte sollte die Schule auch zeigen, wie rasch neue Methoden eingeführt werden können und wo sich allenfalls Engpässe ergeben würden.

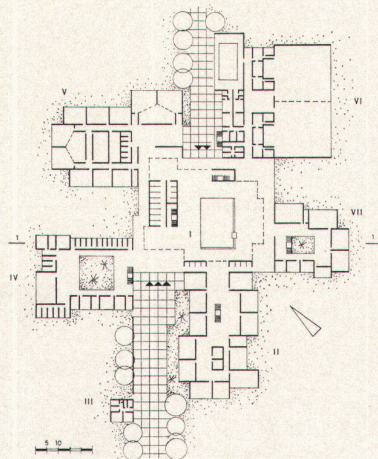
Wie erstaunt waren die Experimentleiter, zu sehen, daß die Schüler sich spielend leicht den neuen Lehrgängen anpaßten! Die Lehrer hingegen zeigten schon größere Schwierigkeiten, die aber durch intensive Instruktion und eine aktive Teamarbeit überwunden werden konnten. Erstaunlich aber die letzte Feststellung - die wir an früherer Stelle schon brachten: der größte Widerstand kam von seiten der Eltern, die nur in mühevoller Arbeit mit den neuen Bedingungen vertraut gemacht werden konnten.

In einem weiteren Punkt könnte die Schule in Marly-le-Roi noch Anstöße zu neuen Entwicklungen geben: Damit, daß die Altersklassenverbände aufgelöst wurden, ergab sich zwangsläufig eine viel bessere Möglichkeit zum Klassen- beziehungsweise Gruppenwechsel. Das traditionelle «Nachsitzen» wird von einem elastischen Gruppenwechsel abgelöst, der nicht auf Bestrafung, sondern auf Einteilung nach Eignung hinzielt.

Hält man sich das gewaltige Bauvolumen vor Augen, das in nächster Zukunft in unserem Lande für die Erziehung investiert werden muß, ohne daß dazu die nötigen Experimente eingeleitet und Modelle geschaffen worden sind, und läßt man die gewaltigen Umstellungen Revue passieren, die sich in der menschlichen Gesellschaft heute

anbahnen und die weitreichende bauliche Konsequenzen zeitigen werden, so kann man sich eines gewissen Mißbehagens nicht erwehren. Noch wäre es Zeit, das Zeichen an der Wand zu erkennen und zu grundsätzlichen Studien anzusetzen, denn, wie sagt doch der Kieler Regierungsbaurat Walter Meyer-Bohe in einer seiner Abhandlungen über das Bauwesen so treffend: «Es ist nicht schlimm, daß man manches nicht weiß; schlimm ist nur, daß manches, das man weiß, nicht mehr stimmt!»

Literatur:
 W. Zifreund: «Schulmodelle Programmierter Instruktion und Technische Medien» Ehrenwirth-Verlag KG München.
 Educational Facilities Laboratories, New York: «Profiles of Significant Schools».
 Educational Facilities Laboratories, New York: «High Schools 1962».
 Philips AG: «Scola No. 1», «Scola No. 2».



15

14 Funktionsschema der elektronischen Ausrüstung und des geschlossenen Fernsehkreises

15 Entwurf eines Gymnasiums mit beweglichem Unterricht in Nürnberg-Langwasser. Dieses Gymnasium soll der Erprobung neuer Programm- und Unterrichtsformen dienen; die Flexibilität des Grundrisses gewährleistet die Beweglichkeit des Unterrichts

Demjenigen, der die bildungspolitische Diskussion der letzten 5 bis 8 Jahre in der Bundesrepublik verfolgen konnte, wird nicht entgangen sein, daß sich wesentliche theoretische und praktische Ansätze besonders zur Schulreform auf das Berliner Schulwesen bezogen. Obwohl diese Stadt durch ihre geographisch-politische Insellage ohne regionalen Einzugs- und Einflußbereich, durch einen Bevölkerungsaufbau mit außerordentlich hohem Altersüberhang und einer fast stagnierenden Bevölkerungszahl ohne nennenswerte Zuwanderung junger Familien mit Kindern ihre spezifischen Probleme der Bildungs- und Schulbauplanung hat, zielten die vom Berliner Schulsenator Evers bereits früh vorgetragenen Konzeptionen einer Neuordnung des Schulwesens auf Lösungen der westdeutschen Schulmisere allgemein. Abgesehen von dem Ziel, die sprichwörtliche Investitionsbedürftigkeit des Erziehungssektors durch bildungspolitische Reformaktivität stärker in den Mittelpunkt des öffentlichen Bewußtseins zu rücken, galt es, eine Struktur für die neue Schule aufzuzeigen. Schließlich war hinlänglich bekannt, daß nur 1% aller Kinder Schulkindergärten besuchen können, daß der Prozentsatz der Zurückstellungen vom Schulantritt aus Gründen mangelnder «Schulreife» zwischen 5 und 15% schwankt, in Berlin sogar teilweise bis zu 40% reicht, daß die Zahl der Schüler in Sonderschulen steigt oder daß sich die Oberschulen auch in Berlin in außergewöhnlich hohem Umfang aus Kindern der Oberschicht zusammensetzen. Neben die bildungspolitischen Zweifel am schichtenspezifischen Aufbau der herkömmlichen Schulformen traten neue Erkenntnisse der Erziehungs- und Sozialwissenschaften, die die traditionellen Lernformen, die didaktischen Mittel und Verfahren sowie die gebräuchlichen Raumschemata in Frage stellten.

Mit seiner bereits 1962 vorgelegten «Denkschrift zur inneren Schulreform» hatte der damalige Landesschulrat Evers eine Entwicklung mit eingeleitet, von der es abhing, ob die Schule als Phase eines neu bestimmten Sozialisationsprozesses Teil einer Gesellschaft werden kann, die «den Anforderungen der Zukunft zu entsprechen vermag, die Forderungen eines sozialen Rechtsstaates (GG Art. 20) im Hinblick auf reale Chancengleichheit erfüllen kann und die die Demokratie im Hinblick auf das Bildungswesen in der Bundesrepublik sichern will» (Mastmann).

Die Realisierung dieser und anderer Grundsätze sollte auf der Basis der «integrierten Gesamtschule» erfolgen, was eine völlige Umstrukturierung des Berliner Schulsystems bedeutete. Zugleich enthielt die recht detaillierte Vorstellung von dieser neuen Schule eine deutliche Herausforderung zum Umdenken an die Verantwortlichen der Stadt- und Schulbauplanung.

Mit einer integrierten Schulform ist gemeint, daß nicht nur der vertikale Aufbau in «Stufen» an deren Übergängen durchlässiger gemacht werden soll, sondern im wesentlichen die herkömmliche

Parallelität von Hauptschule, Realschule und Gymnasium aufgehoben und durch eine horizontale Gliederung ersetzt werden muß, wenn man die oft zu früh getroffenen Entscheidungen für einen der oben genannten «Schulzweige» vermeiden und auf einen möglichst späten Zeitpunkt verlegen will.

Die Berliner Gesamtschule – inzwischen gibt es in der ganzen Bundesrepublik über 40 Gesamtschulbauten und -planungen – umfaßt eine in der Regel vierzügige, sechsjährige Grundstufe mit angeschlossenem Schulkindergarten, eine vierjährige Mittelstufe und eine dreijährige Oberstufe. Schulkindergarten und Grundstufe verzichten auf starre Jahrgangsregelungen. Je nach dem Entwicklungsstand des betroffenen Kindes vollzieht sich dessen Leistungsförderung in differenzierten Unterrichtsformen und Gruppengrößen. Die Aufgabe des Frontalunterrichts sowie ein mehr fachbezogenes Angebot an Projekten und Lernmitteln zwingen zum Verzicht auf Bauten mit ausgeprägter Klassenstruktur in der üblichen Form. Die räumliche Differenzierung soll ein gegliedertes Unterrichtsmodell als Vorbereitung auf Lernformen der weiteren Schulstufen unterstützen, in denen der Lehrer statt als Bezugsperson mehr «Berater»-Funktionen übernimmt. Wie überhaupt die Mittelstufe als das eigentliche Kernstück der neuen Schule ganz im Zeichen der Berücksichtigung individueller Leistungsfähigkeit, Lernmotivation und Neigung steht, so sind auch die Lernformen durch sehr variable Gruppengrößen vom Einzelunterricht über Kleingruppen mit etwa 5 Schülern zu Kursgruppen von rund 20 bis 25 Schülern und Großgruppen von 100 bis 150 Schülern charakterisiert. Die Struktur der Mittel- und Oberstufe, ihre heterogenen Kerngruppen und homogenen Fachleistungsgruppen mit entsprechenden räumlichen Bedingungen, die hohe technische Ausstattung von Fachbereichen, Schließfachgarderoben, Lehrerarbeitsräume und Lernmittelzentren stellen grundsätzlich neue Forderungen an Raum- und Bauplanung. Nimmt man hinzu, daß Gesamtschule zugleich Ganztagschule bedeutet, wie es in Zukunft auch im Bereich der übrigen Grundschulen – die ja durch die Gesamtschule nicht ersetzt werden – sein wird, werden Fragen der Essensausgabe, Speiseräume und Freizeitbereiche besonders sorgfältig zu berücksichtigen sein.

Für die Standortplanung gilt, daß die Gesamtschule mit etwa 1500 Schülern – es wurden hier auch schon Zahlen von 2500 Schülern genannt –, ihrer technischen Ausstattung, dem räumlichen Angebot, ihren Freiflächen und Sporteinrichtungen vorzugsweise zentraler Standorte im öffentlichen Raum bedarf. Abgesehen von den stadtwirtschaftlichen Faktoren der Mehrfach- und Wechselnutzung im Zusammenhang und in

Zusammenarbeit mit verwandten öffentlichen Einrichtungen, bietet die Gesamtschule den Ansatz, öffentliches Bildungszentrum einerseits und Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung andererseits zu werden. Die konsequente Einbindung in den Bereich anderer zentraler Dienste eines Siedlungsraums entscheidet wesentlich über den Erfolg ihres Auftrags.

Im Ziel «horizontaler Durchlässigkeit» und in der Absicht, den Einzelnen durch weitgehende individuelle Förderung «auf künftige Rollen im personalen, politisch-gesellschaftlichen und beruflichen Bereich vorzubereiten», drückt sich jener Grundgedanke des Berliner Gesamtschulmodells aus, eine Schule sozialer Chancengleichheit zu schaffen, eine Schule, die dem Schüler angepaßt ist.

Demjenigen allerdings, der den mühsamen Versuch gemacht hat, die Entwicklung des Berliner Schulbaus der letzten 5 bis 8 Jahre zu verfolgen, dem wird die Disproportionalität gegenüber dem pädagogischen Experiment nicht entgangen sein. Zweifellos ist der Schulbau ein Stiefkind dieser Stadt. Schulbauplanung hat hier noch nie zu jenen wohlgezümmten Paradeponies gehört, die die Bauverwaltung sonst so willfährig am leichten Zügel vorzuführen weiß. Es ist symptomatisch, daß offizielle Informationen, statistische Unterlagen von Zustands- und Prognosewerten, Standortuntersuchungen oder gar Projekte mit experimentellem Charakter gar nicht oder nur fragmentarisch veröffentlicht wurden, sofern sie überhaupt erarbeitet worden sind. Diese Scheu vor der öffentlichen Diskussion um den Berliner Schulbau ist um so bedenklicher, als im Bereich der pädagogischen Planung umgekehrt verfahren wurde. So scheint hier ein grundlegendes Mißverständnis zwischen den zuständigen Senatsverwaltungen eine Situation heraufbeschworen zu haben, die von der Öffentlichkeit aus Mangel an Information und aus ungewecktem Engagement heraus als Kongruenz von pädagogischem Programm und Bauplanung fehlgedeutet wird. Dabei sind von 1950 bis 1968 in Berlin 143 Schulen neu gebaut, erweitert, umgebaut oder geplant worden, von denen bezeichnenderweise nur 6 durch öffentlichen Wettbewerb verhandelt wurden. Sei es, daß die Bauverwaltung der Architektenschaft mißtraut, sei es, daß sie ihre herkömmlichen Programme für «bewährt» hält, oder sei es, daß sie in «Stamm-» oder «Heimat»-Klassen das maßgebende Strukturelement der modernen Schule sieht – so, als ob der Rest der Schule die böse «Fremde» sei! –, einer neuen Methode der Schulbauprogrammierung wird damit nicht gerade das Wort geredet. Auch das politisch zwar trüchtige, aber doch so zweischneidige Argument

vom «Nachholbedarf» täuscht nicht über die Tatsache hinweg, daß vorbereitende Arbeiten zur Projektierung neuer Schulen in Berlin weder beim Senator für Bau- und Wohnungswesen noch beim Senator für Schulwesen von interdisziplinär zusammengesetzten Arbeitsstäben geleistet werden. Mag diese Situation wesentlich auch von Kompetenzfragen innerhalb des hierarchischen Apparats der Bürokratie bestimmt sein, so gibt es darüber hinaus Richtlinien. Diese Richtlinien sind ein Entwurf aus den frühen fünfziger Jahren, der dem Abgeordnetenhaus jedoch nie zum rechtskräftigen Beschluß vorgelegt, zumindest nie verabschiedet wurde. Sie ersticken jeden progressiven Ansatz im Keim.

Berliner Schulen werden nach Feuersicherheitsbestimmungen aus dem Jahre 1911 gebaut.

Berliner Schulen müssen sich nach Maximen für Besonnung, Belichtung und Belüftung richten, deren Stellenwert seit der Entdeckung des «Natürlichen» für den Schulbau zu Beginn des Jahrhunderts nicht mehr korrigiert wurde.

Berliner Schulbauten müssen um ihre Teilnahme an der technologischen Revolution noch kämpfen: um jeden Lüftungsschacht, um jedes Schulfernsehkabel, um jeden klimatisierten Raum, um jede Faltwand.

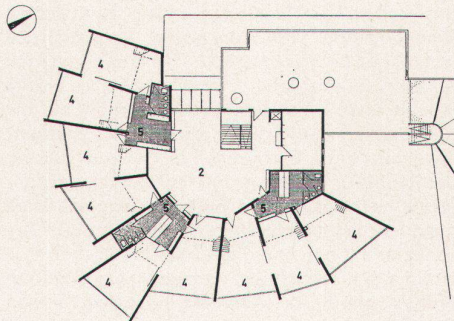
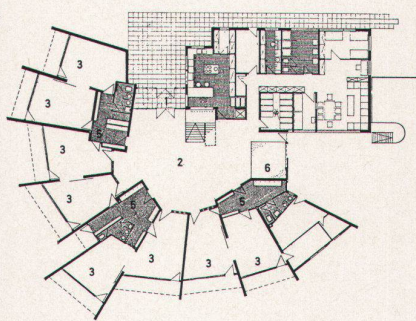
Berliner Schulen müssen sich nach wie vor dem grünen Freiraum abseits öffentlicher, zentraler Brennpunkte verpflichten, nach Erkenntnissen, mit denen einst Hagenbeck die zoologischen Gärten revolutionierte.

Berliner Schulen sind keine Investitionsfavoriten.

Für Berliner Schulen ist alles geregelt, von der Kleiderhakenzahl bis zu den Papierkörben; sie haben und sind kein Spielraum.

Mit Hilfe derartiger Regelungen wurde sie dann schließlich Wirklichkeit: die angepaßte Schule, in der sich der Schüler an die Schule anzupassen hat.

Demjenigen nun, der die ausgeführten Schulbauten Berlins der letzten 5 bis 8 Jahre studiert, wird dennoch auffallen, daß sich Beispiele finden lassen, die auf dem Mittelweg der Anpassung an neue pädagogische Erkenntnisse und an alte gesetzliche Hindernisse herausragende Leistungen darstellen. Es soll hier nur von einer begrenzten Auswahl jüngster Projekte ausgegangen werden. Es handelt sich dabei um Projekte in unterschiedlichen Planungs- und Bauphasen: um eine Kindertagesstätte, auf die wegen ihrer pädagogischen Konzeption auch im Rahmen kommender Vorschulprogrammierung hingewiesen werden soll, um zwei Grundschulen sowie um zwei Gesamtschulen jeweils unterschiedlicher Konzeptionen in den Bauplanen.



1–2
Kindertagesstätte der Freien Universität Berlin. Architekt:
FU-Entwurfsgruppe an der Technischen Universität Berlin

1
Grundriß Erdgeschoß

2
Grundriß Obergeschoß

1 Eingang mit Kinderwagen

2 Mehrzweckraum

3 Gruppenraum Krabblern

4 Gruppenraum Laufen

5 Naßraum/WC mit Garderoben

6 Sandplatz

Beispiel 1: Kindertagesstätte der Freien Universität Berlin

Architekt: FU-Entwurfsgruppe an der Technischen Universität

Kosten: rund 1 Million DM

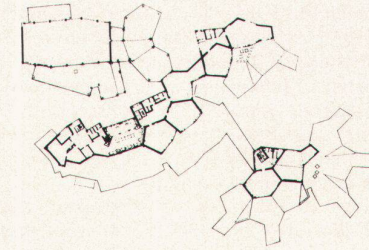
Die vorliegenden Pläne wurden im Winter 1968/69 von einer studentischen Arbeitsgruppe im Rahmen eines Entwurfsseminars an der TU unter Mitarbeit des Verfassers entwickelt. Für die Arbeit an der pädagogischen Planung einer nicht-autoritären Erziehung standen Fachleute entsprechender Disziplinen sowie Vertreter der Studentenschaft der FU zur Verfügung. Die Anlage, die im Laufe des Jahres realisiert werden soll, kann 124 Studentenkinder im Alter von 1 bis 5 Jahren aufnehmen. Es wurde aus pädagogischen Gründen auf Räume für Säuglinge und auf einen Kinderhort für Ältere verzichtet. Der Spielflächenanteil wurde gegenüber herkömmlichen Programmen um 100% erhöht und die Naßräume so angeordnet und ausgebildet, daß sie sich für Naßspiele eignen. Die Gruppengröße wurde von 15 auf 8 beziehungsweise 6 Kinder reduziert und ein ständiger Wechsel zwischen den Gruppen durch Schiebetüren ermöglicht. Als zusätzliche Einrichtungen wurden Schlafräume, eine Spielküche und ein Sand-Matschplatz um die großen Mehrzweckräume angeordnet. Eine Dachterrasse mit Spielberg dient als Erweiterung der begrenzten Spielflächen im Freien. Die Erweiterung und Neugliederung des Programms nimmt Rücksicht auf die kindlichen Entwicklungsphasen und bietet in der Differenzierung der Funktionsräume einen Ansatz zu nichtautoritärer Erziehung ohne feste Tagesablaufregelung und Gruppenbildung im Sinne der kindlichen Emanzipation.

Beispiel 2: Grundschule in Berlin Reinickendorf, Büchsenweg

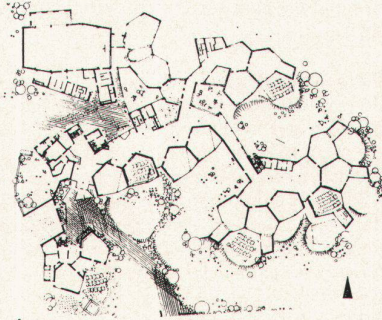
Architekt: Dipl.-Ing. S. Ruegenberg

Kosten: rund 4,3 Millionen DM

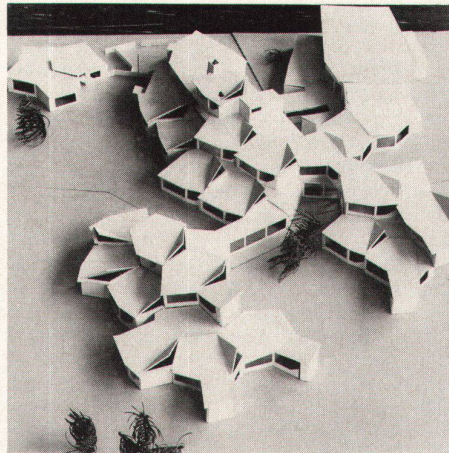
Der Entwurf ist als 1. Preis 1966 aus einem beschränkten Wettbewerb hervorgegangen und befindet sich zurzeit im Bau, der im Laufe des Jahres abgeschlossen sein soll. Die Schule mußte ohne jegliche Einflußnahme des Architekten auf das behördliche Programm konzipiert werden und spiegelt die Bemühung, durch eine starke Differenzierung der räumlichen Mittel die starre Vorgabe der Richtlinien zu kompensieren. Dies gilt sowohl für die übersichtliche Gruppierung der drei Schulstufen innerhalb der 20 Klassen für rund 700 Schüler im Erd- und Obergeschoß als auch für die Sonderbereiche von Schulkindergarten, Mehrzweckräumen – über eine zentrale Bühne zusammenschaltbar –, den Sportbereich und die Verwaltung. Entscheidende Wirkung aber hat die räumliche Disposition auf die Gestaltung der Erschließungsflächen, die sich vom



3



4



5

3-5 Grundschule in Berlin Reinickendorf, Büchsenweg. Architekt: Dipl.-Ing. S. Ruegenberg

3 Grundriß Obergeschoß

4 Grundriß Erdgeschoß

5 Modellaufnahme

Beispiel 3: Grundschule in Berlin-Reinickendorf, Senftenberger Ring

Architekt: Dipl.-Ing. S. Heise

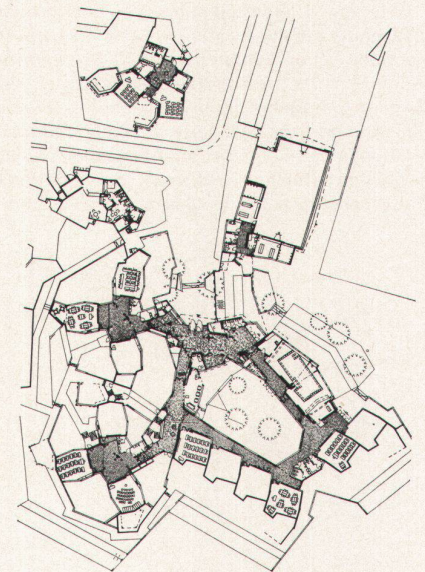
Kosten: rund 3,9 Millionen DM

Der Entwurfsauftrag für diese Schule, die in Größe und Programm dem zweiten Beispiel entspricht, wurde 1965 frei vergeben. Der Bau wurde im Frühjahr 1969 teilweise bezugsfertig. Die ein- bis dreigeschossige Anlage verwendet formale und räumliche Mittel, die denen des zweiten Beispiels verwandt sind. War dort jedoch das Hinausfächern in den Freiraum ein wesentliches Charakteristikum, ist hier das Einfangen, das Umschließen des offenen Raums in zwei kleinen Innenhöfen Bestandteil der Konzeption. Dieser Idee folgt die Erschließung als Rauring, dem sich die Einzelbereiche je nach Differenzierungsgrad in offenen Nischen, als Raumgruppe oder -reihe anlagern. Der zentral gelegene Eingang wird markiert durch den Vorhof, gebildet aus Schulgebäude, Turnhalle und Pausenhalle. Dabei rückt der Schulkindergarten im Gegensatz zum zweiten Beispiel aus der allgemeinen Zugangszone heraus. Wiewohl hier die notwendigen Mittel für den Ausbau stark gekürzt wurden, hofft der Architekt dennoch jene Wirkung zu erreichen, die er als «humane Atmosphäre» – als «Wohnlichkeit» wohl Heidegger verpflichtet –, als «Behaglichkeit» und «Befreiung von Angst vor der Schule» bezeichnet. Seine Stellungnahme zum Thema Grundschulbau läßt sich als Apologie des «ökonomischen Wertes des Irrationalen» verstehen. Diesen herausfordernden Weg gehen auch in Berlin nicht sehr viele Architekten.

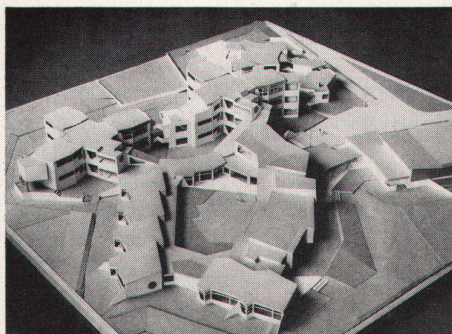
dezentral angeordneten Eingang als sich verzweigendes Raumband durch die Schule derart erstrecken, daß sie auf Vorschlag des künftigen Schulleiters als Versammlungsstätte genutzt werden sollen. Dieser Gedanke des zusätzlichen Raumangebots für besondere pädagogische Nutzungen findet sich auch in der Anordnung den Klassen vorgelagerter kleiner Hallen; er wurde jedoch entscheidend durch den Verzicht auf die ursprünglich beweglich gedachten Klassenabschlußwände beeinträchtigt. Die Ausrichtung der Räume und die Lage der Oberlichter vorzugsweise nach Osten und Südosten erfolgte nach genauer lichttechnischer Untersuchung. Zusammen mit der Anordnung der Freiflächen und Hofräume entspricht die Anlage einem «Bau der Frühe», wie ihn der Architekt in einer derartigen Schule sieht.

6-8 Grundschule in Berlin-Reinickendorf, Senftenberger Ring. Architekt: Dipl.-Ing. S. Heise

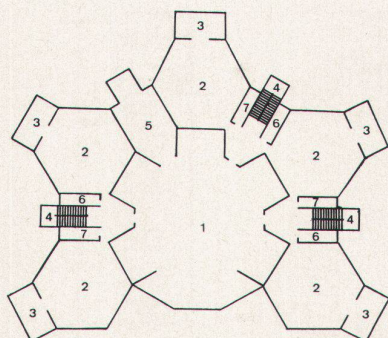
6 Grundriß Erdgeschoß



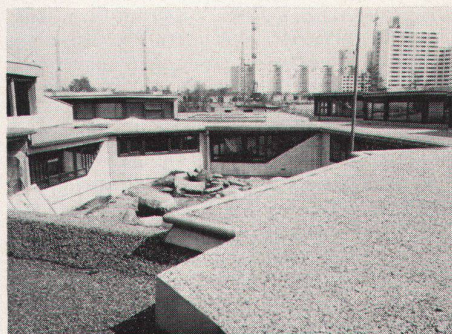
6



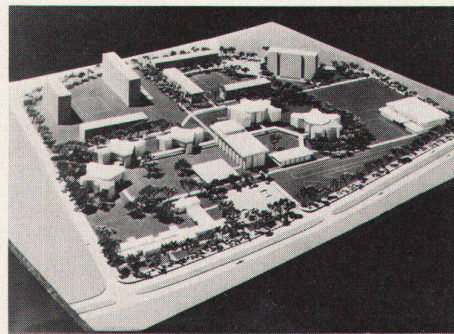
7



9



8

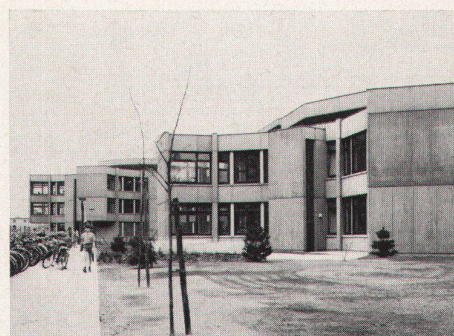


10

Beispiel 4: Gesamtschule Britz-Buckow-Rudow, Straße 484
 Architekt: The Architects Collaborative – Walter Gropius

Kosten: rund 14,8 Millionen DM

Die Planung dieser ersten von vier Berliner Gesamtschulen wurde 1964 frei vergeben. Der erste Bauabschnitt des für ein Siedlungsgebiet von etwa 50 000 Einwohnern und für 1500 Schüler bestimmten Gesamtprojektes wurde 1968 bezogen. Die Arbeiten werden Mitte 1970 abgeschlossen sein. Der Baukomplex ist als «Campus»-Anlage mit voneinander getrennten Funktionseinheiten geplant worden. Den zentralen Bauteil bildet unter Einschluß der Verwaltung und der Bibliothek das dreigeschossige Fachraumgebäude, das über ebenerdige, einseitig offene Verbindungsgänge an die pavillonartigen, zwei- bis dreigeschossigen Klassenraumgebäude sowie an die übrigen Sonderbauten angeschlossen ist. Insgesamt handelt es sich um 44 Klassen – bei den Stufen 1 bis 10 mit je einem zusätzlichen Gruppenraum – für alle Schulzweige und um eine Ganztagschule mit ihren besonderen Anforderungen. Obwohl die außerordentlich konzentrierten Grundrißlösungen im einzelnen das pädagogisch gewünschte, vielseitige räumliche Angebot bei möglichst geringer Verkehrsfläche zu gewähren scheinen, ist die Kompaktheit der Gesamtanlage wie auch die Schaltmöglichkeit von Räumen oder Raumgruppen nicht zum Grundsatz der Planung geworden. Dabei ist, im Vergleich zu jüngeren Lösungen außerhalb Berlins, jedoch zu berücksichtigen, daß auch die Diskussion um die entwerfsrelevanten pädagogischen Forderungen zur Zeit der Planung noch nicht so weit fortgeschritten war. Abgesehen von den außerordentlich langen Wegen für ein Schulsystem, dem ohne häufigen Ortswechsel nur schwer entsprochen werden kann, sind innere Freiräume gewonnen worden, die als Pausenflächen nicht unproblematisch, in ihrer Weitläufigkeit nicht recht der vielen so erschreckend erscheinenden großen Schülerzahl adäquat ist. So ist ein Unter-



11

7
 Modellaufnahme
 8
 Blick in den großen Innenhof

9–12
 Gesamtschule Britz-Buckow-Rudow, Straße 484. Architekt: The Architects Collaborative, Walter Gropius

9
 Klassengebäude Mittel- und Oberstufe: Schemagrundriß Obergeschoß
 1 Zentralraum (Großgruppe, Essen)
 2 Klassenraum
 3 Gruppenraum
 4 Treppenhaus
 5 Essenausgabe
 6 WC/Waschraum (Jungen)
 7 WC/Waschraum (Mädchen)

10
 Modellaufnahme der Gesamtanlage. Die Gesamtschule umfaßt: Schulkindergarten, Klassengebäude Grundstufe, Klassengebäude Mittel- und Oberstufe, Fachraumgebäude, Werkstattgebäude, Gymnastikhalle, Doppelturnhalle, Hausmeisterwohnung

11
 Schuleingang
 12
 Kleiner Pausenhof; am linken Bildrand Fachraumgebäude

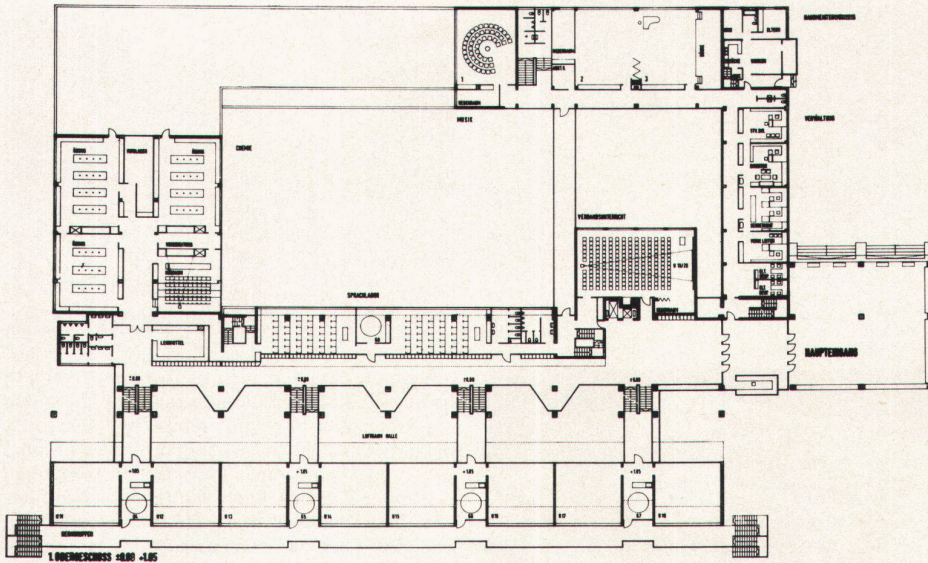


12

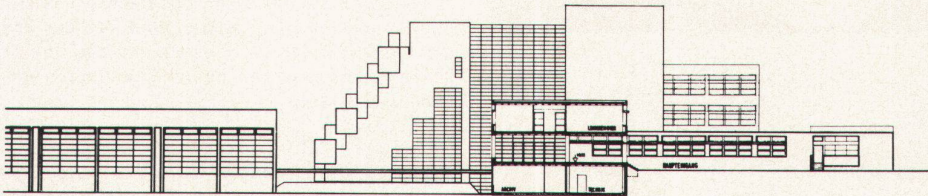
ton von Resignation nicht zu überhören, wenn es heißt, daß «der Organisationsplan auf die durch die Architektur bedingten räumlichen Gegebenheiten weitestgehend Rücksicht nehmen muß», denn «die konkreten Organisationsplanungen setzten erst ein, nachdem die Raumplanung bereits abgeschlossen war» (Mastmann). Mögen diese Punkte der Kritik an dem mehr oder weniger behinderten Schulablauf orientiert sein, so liegt ein zweifellos irreparabler Fehler in der Standortentscheidung seitens der Siedlungsplanung. Gerade in der gewählten Lage, abseits des Zentrums und isoliert von den öffentlichen Einrichtungen des Einzugsbereiches, wird sich das Ziel der Gesamtschule, im Schwerpunkt des öffentlichen Raums zu wirken, nur mit Kunstgriffen verwirklichen lassen.

Beispiel 5: Gesamtschule Märkisches Viertel, Berlin-Reinickendorf
 Architekt: Dipl.-Ing. H. Schreck

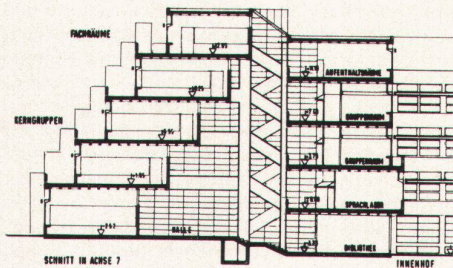
Der Entwurf wurde als prämierte Arbeit eines beschränkten Wettbewerbs 1966 für die Ausführung bestimmt, die 1968 begonnen wurde und Ostern 1971 abgeschlossen sein soll. In der Frage des Standortes sowie der Bauplanung konnten hier zumindest einige Erkenntnisse von vorangegangenen Vergleichsbeispielen berücksichtigt werden. Die besonders aktive Beteiligung der Lehrerschaft hatte einen entscheidenden Einfluß auf Teilbereiche der Planung. Im Gegensatz zur städtebaulichen Situation des vierten Beispiels wurde hier eine wirklich zentrale Lage am «Marktplatz» des Märkischen Viertels gewählt. Somit wurde eine Position im öffentlichen Raum erreicht, der durch Ladenbauten, Arbeitnehmerhaus, Altenheim, Festsaal, Mehrzweckhaus, Sporteinrichtungen, Kirchenzentrum, Jugendpflegestelle, Volkshochschule, Stadt- und Bezirkslehrerbücherei usw. eine mit anderen Standorten unvergleichliche Dichte öffentlichen Lebens abzugeben verspricht. Als besonders wichtige Mehrfachnutzung sei hier das im Süden direkt mit der Schule verbundene Mehrzweckhaus als künftige Schulmensa erwähnt. Im Einzugsbereich von rund 50 000 Einwohnern und in direkter didaktischer Zusammenarbeit mit den 5 Grundschulen des Siedlungsgebietes wird diese Gesamtschule, die über keine eigene Grundstufe verfügt, etwa 1470 Schüler in 52 Gruppen aufnehmen können. Das zugrunde gelegte Raumprogramm mit seinem hohen Anteil an «Stamm»-Klassen für die Mittelstufe und einem nur der Oberstufe konzidierten Fachraumsystem entlarvt sich selbst als Produkt konservativen Vorgehens, das «integrierte» Gesamtschule sagt, aber nicht mehr als eine im wesentlichen nur «additive» Gesamtschule durch Aufreihung her-



13

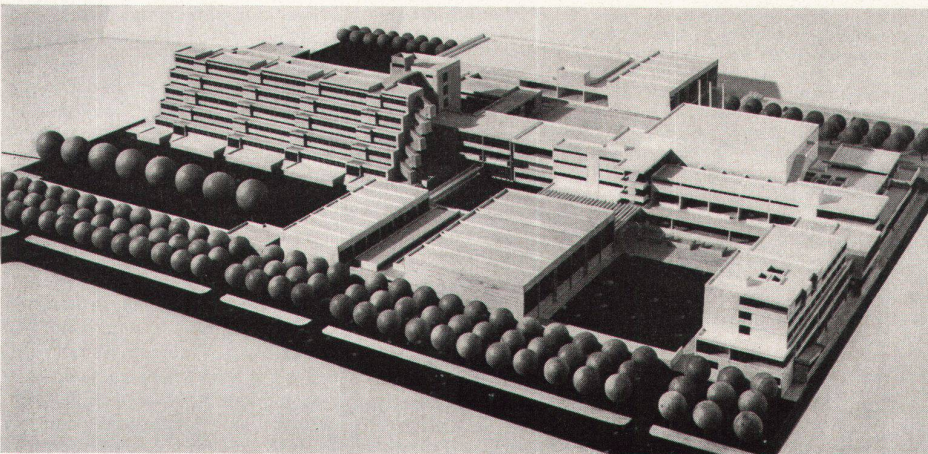


14



15

13-16
 Gesamtschule Märkisches Viertel, Berlin-Reinickendorf. Architekt: Dipl.-Ing. H. Schreck
 13 Grundriß erstes Obergeschoß
 14 Querschnitt durch den Haupteingang
 15 Querschnitt durch das Klassengebäude
 16 Modellaufnahme der Gesamtanlage



16

kömmlicher Schulformen schafft. Typisch für dieses Denken der Auftraggeber sind unter anderem die vollständig massiv ausgeführten Klassenzwischenwände. Auch die in Berlin wohl bislang beispiellose technische Ausrüstung mit zwei Sprachlabors, Rundfunk und Fernsehen für alle Lehrbereiche, einem eigenen Fernsehaufnahmestudio usw. kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß äußerst eng ausgelegte Feuerschutzbestimmungen zu zusätzlichen, kostspieligen Verkehrsflächen geführt haben. Diese Flächen sind dadurch, ganz im Gegensatz zur Entwurfskonzeption des Architekten, einen offenen, pädagogisch wertbaren Schullinnenraum mit vielfältigen räumlichen Ansätzen zu Kommunikation im weitesten Sinne zu schaffen, zu einem raumisolierenden Verkehrsnetz geworden. Die Gesamtanlage stellt trotz vielen Neuerungen einen Kompromiß dar, denn wie es offiziell heißt, «ist die Schule grundsätzlich für einen Unterricht an sechs Vormittagen konzipiert. Das Raumprogramm läßt allerdings das Angebot einer Fünftage-Unterrichtswoche mit Ganztagsbeschulung (!) zu.»

Abschließend sei die Situation des angepaßten Berliner Schulbaus mit der Meinung des Schulsenators der Stadt bewertet: «Verglichen mit nord- und westeuropäischen Ländern und den Schulbauprinzipien in Westdeutschland, bewegt sich das Berliner Schulwesen am unteren Rand der Mitte.»

Es gilt also für die kommende Entwicklung im Berliner Schulbau zunächst nur einmal darum, konsequent die Umsetzung der bereits erarbeiteten pädagogischen Zielvorstellungen in Raumorganisation nachzuholen. Ansätze dieser Entwicklung sind bereits jetzt schon zu erkennen und in die Planung einzubeziehen:

Die Revision der Programme und Ausstattung im Bereich der Kindertagesstätten, Schulkinder- gärten und Vorschuleinrichtungen.

Zusammenlegung pädagogisch zusammengehöriger Einheiten.

Aufgabe der vertikalen Struktur von Jahrgangsklassen im Grundschulsektor und räumliche Differenzierung des Flächenangebotes.

Genaue Standortuntersuchungen nach Kriterien des pädagogischen Auftrags der Schule in der Öffentlichkeit.

Einrichtung von sogenannten «Schulkliniken» nach schwedischem Modell für partiell leistungsgestörte Kinder im Rahmen der Schulplanungen, um einen völligen Milieuwechsel und die soziale Isolierung zu vermeiden, von der die heutige Sonderschule gezeichnet ist.

Stärkere Verwendung der «Verkehrsflächen» für pädagogische Nutzungen durch entsprechenden Ausbau.

Vorbereitung der Grundschulprogramme auf die Ganztagschule.

Ausweitung der bisher auf den Strukturplan der Mittelstufe konzentrierten Reformarbeit an der Gesamtschulkonzeption.

Bauftragung interdisziplinärer Arbeitsstäbe mit der Schulbauprogrammierung.

Größere Information und Aufforderung zur Mitarbeit an die interessierte Öffentlichkeit, um das zu erreichen, was Karl Scheffler formulierte und schon 1910 in Berlin besonders vermehrte: eine Kultur, die soziales Vertrauen bedeutet.

Photos: 5 Wolf Lücking, Berlin; 7 Bezirksbildstelle des Bezirksamtes Reinickendorf, Berlin; 8, 11, 12 Monica Hennig-Scheffold, Berlin; 16 Landesbildstelle, Berlin